

Der



informiert

Neues zu Widersprüchen Eltzstraße 10.02.2021

Inzwischen haben viele Widerspruchsführer Antworten des Baudezernates erhalten. Im Prinzip werden die vorgetragene Argumente nicht akzeptiert und eine Abhilfe abgelehnt. Das Dezernat hält - wie schon während der Diskussionen in 2019 - an allen Positionen fest, wie falsch und widerlegt sie auch sein mögen. Eine Rücknahme des Rechtsmittels regt man an, da die weitere Verfolgung vor dem Stadtrechtsausschuss kostenpflichtig sei. In dem Kommentar zum TV-Beitrag vom 21.01.2021 haben wir zu den Kostenfolgen ausführlich Stellung bezogen.

Nachdem durch diesen Artikel klar wurde, dass sich bereits jetzt über 150 Personen anwaltlich vertreten lassen, keimte eine leichte Hoffnung auf, dass die Stellungnahmen des Dezernates etwas sachlicher und realitätsbezogener würden. Schließlich steht dadurch fest, dass alle Argumente einer gerichtlichen Überprüfung standhalten müssen.

Aber man kommt aus dem Staunen nicht heraus. Nicht nur, dass man an längst widerlegten Behauptungen festhält. Die Ideenschmiede des Dezernates erfindet in bekannter Manier neue Argumente, die eine Schuld für die Kostenerhöhungen nicht erkennen lassen sollen.

Um unserer Darstellung entgegen zu treten, vor einer Abstufung der K 13 habe diese entweder saniert werden oder man hätte eine angemessene Ausgleichszahlung einfordern müssen, wurde behauptet, die K 13 habe schon zuvor in der Baulast der Stadt Trier gestanden. Begründung Fehlanzeige. Jetzt heißt es plötzlich, alle Kreisstraßen im Stadtgebiet befänden sich in der Baulast der Stadt. Vergessen hat man vermutlich, dass die Eisenbahnstraße in Euren gerade saniert werden soll. Diese ist noch immer Kreisstraße (K 4) und wie aus der Vorlage 165/2019 (Baubeschluss Eisenbahnstraße) klar hervorgeht, werden hier für den Ausbau der Fahrbahn keine Beiträge erhoben.

Noch abenteuerlicher ist die Behauptung, die Verschiebung der Maßnahme Eltzstraße sei vom Stadtrat beschlossen worden. Fakt ist: der Stadtrat war ganze zwei Mal mit der Eltzstraße befasst: 2011 beim Baubeschluss und im Dezember 2018 bei der Kostenfortschreibung. Und 2018 war von einer Verschiebung keine Rede. Es wäre auch in höchstem Maße lächerlich, eine jahrelange, fortwährende Verschiebung im Nachhinein zu beschließen.

Die zusätzliche Anmerkung, der Ortsbeirat sei daran beteiligt gewesen, ist eine Unverschämtheit gegenüber unserem Ortsbeirat. Wenn aus Pfalzel in all diesen Jahren Wortmeldungen kamen, dann ging es ausnahmslos darum, an diese Baumaßnahme zu erinnern und endlich ihre Durchführung anzumahnen.

Wie ernst man im Übrigen ein Votum des Ortsbeirates nimmt, hat jüngst die Umstellung auf wiederkehrende Beiträge bewiesen. Trotz ausdrücklicher Zusage, dessen Votum zu respektieren, hat man am Ende doch gegen dieses entschieden.

Wir sind zuversichtlich, dass schon nach Einschaltung des Rechtsamtes und des Stadtrechtsausschusses sachlicher und näher an der Realität über die einzelnen Punkte diskutiert werden wird. Es gibt derzeit keinen Anlass, Widersprüche zurückzuziehen. Das Kostenrisiko ist absolut überschaubar. Bisher glaubte man im Dezernat IV, mit den geduldigen Pfälzern ein leichtes Spiel zu haben. In diesem Zusammenhang ist die anwaltliche Vertretung einer Vielzahl von Bürgern sehr zu begrüßen.